



BERGSTRASSE

PRESSEMITTEILUNG 05/2020

Rückschlag für Inklusion im Kreis Bergstraße

Bensheim/Kreis Bergstraße. Im Schulentwicklungsplan des Kreises Bergstraße ist vorgesehen, die Grundschule am Kirchberg in Bensheim ab dem Schuljahr 2022/23 zu schließen und die Kinder auf die umliegenden Schulen zu verteilen. Aus Sicht des Kreisverbands Bergstraße der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) ist dies ein Vorhaben, das so nicht hinnehmbar ist.

„Wir haben dies mit einiger Bestürzung zur Kenntnis genommen“, heißt es in einer Pressemitteilung der GEW. Eine Schließung bedeute „für manche Familien einen sehr langen und umständlichen Schulweg“. Außerdem werde in dem System Kirchbergschule seit 30 Jahren gemeinsames Lernen in Förderschule und Grundschule in einem gemeinsamen Haus möglich gemacht, was ein Beispiel für gelebte Inklusion sei.

Von daher hätte aus Sicht der Bildungsgewerkschaft eine formale Trennung der Grundschule von der Förderschule vollkommen ausgereicht. „Stattdessen soll nun diese gelebte Gemeinschaft zerrissen werden. In unseren Augen sind es genau diese seit langen Jahren gewachsenen und bewährten Systeme, die schützenswert sind, damit die im Land Hessen und in unserer Gesellschaft groß geschriebene und geforderte Inklusion tatsächlich auch gelebt und sinnvoll umgesetzt werden kann“, führen die Gewerkschafter weiter aus.

Das Argument des Kreises der zurückgehenden Schülerzahlen sei nicht nachvollziehbar, da sowohl bei den offiziellen Zahlen als auch im gerade erst vorgelegten Schulentwicklungsplan von steigenden Schülerzahlen in der Region zu lesen war, zumal es einige Überschneidungen zu anderen umliegenden Grundschulen gebe, so dass dieses Problem auch anders hätte gelöst werden können. „Kinder, die in diesen Gebieten wohnen, könnten nämlich auch an die Kirchbergschule gehen. Wir vermuten, dass die Grundschule am Kirchberg von Trägerseite aus einfach nicht mehr gewollt ist, bedauern dies sehr und hoffen noch auf eine Einsicht der Verantwortlichen – im Interesse der Kinder, Eltern und Lehrkräfte vor Ort“, heißt es in der GEW-Mitteilung abschließend.